

Konferenz "Roma and Travellers - Victims of the Holocaust"

11. Mai 2010 im Europäischen Parlament

Sinti und Roma sind in Europa seit Jahrhunderten massiver Ausgrenzung und tief sitzenden Vorurteilen ausgesetzt. Unter nationalsozialistischer Herrschaft fielen 500.000 Sinti und Roma dem Rassenwahn zum Opfer. Jedoch ist die Anerkennung des Holocaust an der größten Minderheit Europas keinesfalls eine Selbstverständlichkeit.

Nur wenige Opfer überlebten und sind nach 1945 all zu oft mit den schnell entnazifizierten Tätern in Ämtern und Entschädigungsbehörden konfrontiert worden. An ihrer Haltung gegenüber den Opfern hatte sich in der Regel kaum etwas geändert. Die Erfahrung der zweiten Verfolgung prägt die Überlebenden und deren Kindeskinde bis in die heutige Zeit.

Aus diesem Grund organisierten drei Abgeordnete des Europäischen Parlaments, Cornelia Ernst, Catherine Grèze und Kinga Göncz die Konferenz "Roma and Travellers - Victims of the Holocaust", um eine Strategie für eine breite Anerkennung des Völkermordes an der größten Minderheit Europas zu erarbeiten.

Cornelia Ernst, Mitglied des Europäischen Parlaments:

"Geschichte kann man nicht bewältigen, man kann sich nur mit Geschichte auseinandersetzen und sich ihr stellen. Die Geschichte des Holocaust ist ein deutsches Erbe, aber auch zugleich ein europäisches. Als deutsche Abgeordnete stehe ich selbstverständlich in der Schuld meiner Vorfahren, denn der Holocaust an Juden und Sinti und Roma hat Millionen Opfer gefordert. Neben Juden und Sinti und Roma wurden auch Kommunisten, Sozialdemokraten, Gewerkschafter, Behinderte und Homosexuelle zu Opfern. Ich teile den Standpunkt des Altbundespräsidenten Roman Herzog, der 1997 sagte, dass der Völkermord an Roma und Sinti aus den gleichen Motiven des Rassenwahn und mit der gleichen planmäßigen und endgültigen Vernichtung durchgeführt wurde wie an den Juden.

Wir sind hier, um der 500.000 Opfer unter den Sinti und Roma zu gedenken. Mitgefühl ist das eine, Entschädigung das andere. Zum Bekenntnis zu dieser Geschichte gehört heute, sich leidenschaftlich gegen Antisemitismus und Antiziganismus einzusetzen. Dazu gehört auch, sich Abschiebungen von Roma in Länder, wo sie keine Existenzgrundlage haben, zu verwehren. Das müssen wir ablehnen, und entschieden dagegen vorgehen."

Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, hob hervor, dass Sinti und Roma unter dem nationalsozialistischen Rassenwahn die gleiche Geschichte teilten wie die Juden. Aber erst im Jahre 1982 anerkannte der damalige Bundeskanzler Helmut Schmidt die nationalsozialistischen Verbrechen an den Sinti und Roma als Völkermord, der aus Gründen der sogenannten "Rasse"

stattgefunden hatte. Diese Anerkennung sprach auch Helmut Kohl im März 1982 als Oppositionsführer und 1985 als Bundeskanzler im Rahmen der ersten Bundestagsdebatte über die Lage der Sinti und Roma in Deutschland aus. Denn der Völkermord an den Sinti und Roma, so Romani Rose, wurde aus den gleichen Motiven wie der Völkermord an den Juden verübt.

Romani Rose beschrieb, wie in der Nachkriegszeit bei der Frage der Entschädigung von Sinti und Roma die zuständigen Behörden schnell zu der Auffassung kamen, dass die Betroffenen nicht wie Juden aus rassistischen Gründen verfolgt worden seien, sondern wegen "Asozialität" oder "Kriminalität" in Lager gebracht worden waren, und demzufolge keinen Anspruch auf Entschädigung hätten.

In heutiger Zeit, so Romani Rose, sind Roma immer noch Verfolgung und Diskriminierung ausgesetzt, besonders in den Staaten Südosteuropas. Der wieder erstarkte Rechtsextremismus würde nicht ausreichend bekämpft werden, und in vielen Fällen tragen die politisch Verantwortlichen noch zur Verbreitung von Vorurteilen bei.

Romani Rose bezeichnete die Vertreibung der Roma aus dem Kosovo als ein Drama, das immer noch nicht genügend Anerkennung findet. Denn im Kosovo lebten Roma unter unmenschlichen Bedingungen, und so bereite ihm das Rückführungsabkommen, mit dessen Hilfe Roma aus Deutschland in den Kosovo abgeschoben werden können, allergrößte Sorge.

Romani Rose schloss seinen Vortrag mit dem Appell an alle europäischen Mitgliedstaaten, den Holocaust an den Roma anzuerkennen - denn solange dies nicht geschehen ist, kann das europäische Haus keine Realität werden.

Lukrezia Jochimsen, Mitglied des Deutschen Bundestages für Die Linke, beschrieb die Ignoranz gegenüber dem Völkermord an den Sinti und Roma, die im Nachkriegsdeutschland bis weit in die 60er und 70er Jahre vorherrschend war. Als junge Soziologin besuchte sie im Jahre 1960 ein Lager am Rande der Stadt Hildesheim, wo 137 Sinti in Wohnwagen leben mussten, denn die örtliche Stadtverwaltung weigerte sich, ihnen Wohnungen zuzuweisen. Ebenso waren die umliegenden Schulen nicht bereit, die Kinder der Sinti zu unterrichten, so dass ein von der evangelischen Kirche gespendeter Wohnwagen als Schule dienen musste.

Lukrezia Jochimsen beschrieb auf erschütternde Weise, dass alle älteren Sinti in diesem Wohnwagen-Lager Überlebende des Holocaust waren. Vor Beginn der nationalsozialistischen Verfolgung hatte niemand von ihnen in Wohnwagen gelebt, sondern in ganz normalen Wohnungen, sie sind ganz normalen bürgerlichen Berufen nachgegangen. Ein Drittel der Überlebenden, die Lukrezia Jochimsen in diesem Lager traf, hatte 15 Jahre nach Ende des Krieges noch keine Anerkennung auf ihren Verfolgungsstatus erhalten, also auch keine Rente und keine Wiedergutmachung. Während der Prozesse zur Erlangung der Entschädigung mussten die Überlebenden immer wieder erklären, warum ihre Verwandten in die Konzentrationslager eingewiesen wurden, denn sicherlich, so die Behörden, hätte es doch einen Grund wie Kriminalität oder "Asozialität" gegeben. Offensichtlich weigerten sich die Richter zur Kenntnis zu nehmen, dass Sinti und Roma genauso systematisch und aus den gleichen Gründen verfolgt und ermordet worden waren wie die Juden.

Dr. Udo Engbring-Romang, Historiker, erklärte, wie viel Zeit vergehen musste, bis in der politischen und wissenschaftlichen Landschaft der Völkermord an den Roma und Sinti als solcher anerkannt wurde. Dabei ist die Definition des Begriffs "Völkermord", wie sie auch von den Vereinten Nationen verwendet wird, sehr eindeutig: "Es wird dann von Völkermord gesprochen, wenn die Absicht besteht, eine Bevölkerungsgruppe, ein Volk oder eine Gruppe, die als Rasse definiert ist, als solche auszumerzen, auszurotten oder zu beseitigen."

Hier steht, so betonte Herr Engbring-Romang, die Intention im Vordergrund, nicht etwa die Anzahl der ermordeten Menschen. So lebten in Marburg bis 1943 ca. 100 Sinti und Roma, 72 von ihnen wurden während des Holocaust ermordet. Hier stellt sich also nicht mehr die Frage, ob tatsächlich ein Völkermord stattgefunden hat. Ähnliche Zahlen lassen sich auch für das heutige Bundesland Hessen finden: dort waren ca. 1.100 Personen als Sinti und Roma erfasst, und während des Holocaust sind mehr als 700 von ihnen ermordet worden.

Es ist deshalb ein Skandal, dass in Deutschland, aber auch in anderen europäischen Staaten dieses Verbrechen gegen die Sinti und Roma nicht als Völkermord wahrgenommen wird und wurde. In vielen Fällen war dies der Grund, warum die Überlebenden des Holocaust keine Entschädigungszahlungen erhielten. Denn oft wurde während der Gerichtsprozesse nicht von Völkermord, sondern von "Übergriffen des Staates" gesprochen. Und alle von staatlicher Seite ergriffenen "Maßnahmen" gegen Sinti und Roma, die vor 1943 ergriffen worden waren, seien unter "Kriminalitätsprävention" einzustufen und für diese Entschädigungsprozesse natürlich nicht relevant gewesen.

Bis in die frühen 60er Jahre stellten Wissenschaftler wie Martin Block, der in Marburg gelehrt hat und als "Experte" für Völkerkunde galt, die Behauptung auf, dass die Sinti- und Roma-Population "unbelehrbar und unausrottbar" sei. Diese Auslassungen wurden auch in dem renommierten evangelischen Staatslexikon "Religion in Geschichte und Gegenwart" von 1962 übernommen. Erst in den 1980er Jahren nahm die Zahl der Publikationen zu, in denen der Massenmord an den Sinti und Roma endlich als Völkermord anerkannt wurde.

Exkurs:

Historischer Überblick

Bereits ab 1933 waren Sinti und Roma im Deutschen Reich einer verstärkten Diskriminierung und Schikanierung ausgesetzt, die sich in ihrem Wesen aber nicht sonderlich von der "Zigeunerpolitik" der Weimarer Republik unterschied. Ab dem Jahre 1935 änderte sich dies mit den Nürnberger Rassegesetzen, die neben Juden auch Sinti und Roma als "rassisch minderwertig" einstufen und sie zu Menschen zweiter Klasse abstempelten.

1936 wurde in Marzahn, am Rande von Berlin, das erste sogenannte "Zigeunerlager" errichtet: 600 Sinti und Roma waren zuvor verhaftet und dann in dieses Lager

verbracht worden. Ähnliche Lager entstanden während der 30er Jahre auch in Köln, Düsseldorf, Essen, Frankfurt, Hamburg und anderen deutschen Städten.

Im Juni 1938 wurden 1.000 deutsche und österreichische Sinti und Roma nach Buchenwald, Dachau, Sachsenhausen und Lichtenburg deportiert.

Ein Jahr später, 1937, wurden mehrere Tausend Sinti und Roma aus Deutschland und Österreich nach Mauthausen, Ravensbrück, Dachau und Buchenwald verschleppt. In den Konzentrationslagern mussten sie als Zeichen den "schwarzen Winkel" tragen, das Symbol für "Asoziale", oder den "grünen Winkel" als Zeichen für "Berufskriminelle".

Im Frühjahr 1940 begann die systematische Deportation von Sinti und Roma aus dem Deutschen Reich in das besetzte polnische Generalgouvernement. Sonderzüge brachten die Verschleppten in Lager, Ghettos oder in Dörfer, wo sie zur Zwangsarbeit eingesetzt wurden.

In Frankreich kollaborierte das Vichy-Regime mit dem Deutschen Reich, so dass 30.000 Sinti und Roma in Lagern interniert und später nach Dachau, Ravensbrück und Buchenwald deportiert wurden.

Im Herbst 1941 wurden auf Befehl Himmlers über 5.000 Sinti und Roma aus der Steiermark und dem Burgenland in das Ghetto Lodz deportiert und in einem abgeriegelten Teil untergebracht. Nach Ausbruch einer Typhus-Epidemie wurde das "Zigeunerlager" unter strenge Quarantäne gestellt. Die Beerdigung der zahlreichen Toten erfolgte auf dem jüdischen Ghettofriedhof.

Im Januar 1942 wurden die letzten Überlebenden in das Vernichtungslager Chelmno gebracht und dort vergast. Zu diesem Zeitpunkt hatten Einsatzgruppen in den besetzten Gebieten in Polen, der Sowjetunion und in Südosteuropa bereits Zehntausende Roma systematisch ermordet. Der deutsche Verbündete Rumänien begann Ende 1941 mit der Ermordung von Roma, bis September 1942 starben dort rund 25.000 Menschen.

Unmittelbar nach dem Balkanfeldzug im April 1941 hatten sich die Roma in Serbien registrieren lassen und gelbe Armbinden mit der Aufschrift "Zigeuner" tragen müssen. Viele von ihnen wurden Opfer von als Vergeltungsmaßnahmen für Partisanenangriffe deklarierten Exekutionen. In Kroatien erging im Mai 1942 die Anordnung, sämtliche "Zigeuner" festzunehmen, zehntausende wurden ermordet. Allein in der Krajina wurden über 5.000 Roma gefangen genommen und in das Lager Jasenovac verschleppt, wo bis Kriegsende geschätzte 10.000 bis 40.000 Roma umgebracht wurden.

Am 16. Dezember 1942 ordnete Himmler an, alle noch im Reichsgebiet und in den besetzten Gebieten lebenden Sinti und Roma in ein Konzentrationslager einzuweisen. Aufgrund dieses Erlasses wurden im März 1943 über 20.000 Sinti und Roma nach Auschwitz-Birkenau deportiert. Die meisten der insgesamt 23.000 Insassen im Lagerabschnitt B II e, darunter über 10.700 aus dem Altreich und 2.300 aus Österreich, starben an Hunger, Krankheiten, Mißhandlungen und medizinischen Experimenten. Am 16. Mai 1944 konnten die im "Zigeunerlager" lebenden Menschen in einer einmaligen Widerstandsaktion ihre Ermordung zunächst abwenden, nachdem sie sich mit Steinen und Werkzeugen bewaffnet in den Baracken verbarrikadiert hatten. In der Nacht vom 2. auf den 3. August 1944 wurden die letzten fast 3.000 Männer, Frauen und Kinder in den Gaskammern ermordet und das "Zigeunerlager" in Auschwitz-Birkenau aufgelöst.

Von den erfassten rund 40.000 deutschen und österreichischen Sinti und Roma wurden über 25.000 ermordet. Insgesamt fielen geschätzte 220.000 bis 500.000 Sinti und Roma dem Rassenwahn der Nationalsozialisten und dem an ihnen systematisch geplanten Völkermord zum Opfer.